

## Aus dem Plenum

Die Plenarsitzungen im März begannen mit einer Sondersitzung, die auf Antrag der Fraktion DIE LINKE einberufen wurde. Einziger Tagesordnungspunkt war der Antrag zum „Kali-Fusionsvertrag“. Der im Jahr 1993 geschlossene Vertrag regelte den Zusammenschluss der west- und ostdeutschen Kali-Industrie. Die Altlastensanierung kostet das Land jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag. Alle Fraktionen forderten deshalb die Landesregierung auf, Transparenz zu schaffen und für eine umgehende Offenlegung des Vertragstextes zu sorgen. Es wurde einstimmig beschlossen, den Antrag zur weiteren Beratung federführend in den Umweltausschuss und weitere Ausschüsse zu überweisen. Im Anschluss begannen am

Nachmittag die regulären März-Sitzungen. Die Tagesordnung umfasste 35 Punkte. Begonnen wurde mit der Aktuellen Stunde. Die Themen waren „Konsequenter Verbraucherschutz – Keine grüne Gentechnik in Thüringen“ (Fraktionen der CDU und der SPD), „Fukushima und Peak Oil – hält Thüringens Klima- und Energiepolitik Kurs?“ (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), „Kürzung der Frist zur Beantragung der Entschädigung von DDR Heimkindern - Umgang mit der DDR-Vergangenheit in Thüringen“ (Fraktion der FDP) sowie „Positionen und Beitrag der Thüringer Landesregierung zur Sicherung der Steuergerechtigkeit und der Steuermoral“ (Fraktion DIE LINKE). Am Donnerstag wurden erste Gesetzentwürfe

aufgerufen. Zustimmung bei allen Fraktionen fand der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer ES-Errichtungsgesetzes. Grundlage der Änderung war das Gesetz über die Errichtung einheitlicher Stellen nach dem Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz. Am Freitag wurden drei Gesetzentwürfe der Landesregierung aufgerufen. Dazu zählte u.a. das Thüringer Gesetz zur Änderung sicherheitsrechtlicher Vorschriften. Da im Bereich des Verfassungsschutzes Änderungen- und Optimierungsbedarf besteht, kam es zur Frage, wie die Neuausrichtung des Verfassungsschutzes aussehen könnte. Die Forderungen reichten von der Umstrukturierung bis hin zur kompletten Auflösung des Lan-

desamtes für Verfassungsschutz (TLfV). Der vorliegende Gesetzentwurf des Innenministeriums enthält als wesentliche Neuerung die Eingliederung des TLfV als selbstständige Organisationseinheit in das Innenministerium. Zudem soll die innerbehördliche Kontrolle durch die gesetzliche Verankerung einer unabhängigen Stabsstelle Controlling gestärkt werden. Ebenso beinhaltet der Gesetzentwurf Änderungen hinsichtlich der Führung von V-Leuten. Nach lebhafter Diskussion wurde die Regierungsvorlage einstimmig in den Innenausschuss überwiesen. Videos und Protokolle der Sitzung sind unter Plenum Online auf der Internetseite des Thüringer Landtags ([www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de)) aufrufbar.

## „Wahl! statt egal“ - Gesellschaft. Meinung. Parlament. Landtag auf Thüringen-Ausstellung mit neuer Kampagne



Vom 8. bis zum 16. März 2014 fand die diesjährige Thüringen-Ausstellung auf der Erfurter Messe statt. Am Gemeinschaftsstand von Fraktionen und Landtagsverwaltung konnten im „Politikgarten“ interessierte Besucher mit Abgeordneten und Mitarbeitern des Landtags ins

Gespräch kommen. Darüber hinaus hatten die Bürgerinnen und Bürger unter dem Motto: „Wahl! statt egal“ – Gesellschaft. Meinung. Parlament. die Gelegenheit, ihre Ansichten zu politischen Themen und Erwartungen an die Thüringer Landespolitik zu äußern. „Damit will der Thü-

ringer Landtag zum Nachdenken anregen, denn Politik steckt überall da, wo es um allgemeingültige Entscheidungen für gesellschaftliches Miteinander geht. Ohne Empfehlungen für Parteien und deren Programme zu geben, soll die Aktion die Notwendigkeit und Wichtigkeit demokratischer Mitbestimmung aufzeigen“, sagte Landtagspräsi-

dentin Birgit Diezel (CDU). Sie eröffnete gemeinsam mit Antenne Thüringen - Moderatorin Dany Striese die Kampagne und stand anschließend für Fragen zur Verfügung. Zudem gab es gleich am ersten Messetag eine Talkrunde, moderiert von Ulli Sondermann-Becker (MDR Thüringen) mit den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen im Politikgarten.



## Kurz gemeldet

Am 18. März übergab der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Dr. Kurt Herzberg, im Rahmen einer Pressekonferenz den Jahresbericht 2013 an Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU). +++ In dem im März erschienen aktuellen Jahrbuch des Thüringer Landtags wird auf über hundert Seiten an die Höhepunkte des vergangenen Jahres 2013 erinnert. +++ Landtagspräsidentin Birgit Diezel eröffnete die Ausstellung „Heimkehr der Bilder – historische Aufnahmen des Weimarer Fotografen Georg Gonsior“ im Landtag. Dessen Enkelin Katja Gawrilow entdeckte seinen schöpferischen Nachlass, eine Sammlung von mehreren zehntausend Negativen, und bereitete die Bilder im Rahmen ihrer Masterarbeit an der Bauhaus-Universität Weimar für eine Ausstellung auf.

## Die Landesbeauftragten

Der Bürgerbeauftragte  
des Freistaats Thüringen  
[www.bueb.thueringen.de](http://www.bueb.thueringen.de)  
Tel.: 0361 37 71871  
Fax: 0361 37 71872  
Mail: [buergerbeauftragter@landtag.thueringen.de](mailto:buergerbeauftragter@landtag.thueringen.de)

Thüringer Landesbeauftragter  
für den Datenschutz und die  
Informationsfreiheit  
[www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)  
Tel.: 0361 37 71900  
Fax: 0361 37 71904  
Mail: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)

Landesbeauftragter des  
Freistaats Thüringen zur  
Aufarbeitung der  
SED-Diktatur (ThLA)  
[www.thueringen.de/tlstu](http://www.thueringen.de/tlstu)  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: [tlstu@t-online.de](mailto:tlstu@t-online.de)

### IMPRESSUM



**Herausgeber:**  
Thüringer Landtag  
Pressestelle  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Redaktion:**  
Dr. Detlef Baer

**Satz und Layout:**  
Ines Born

**Druck:**  
Druckhaus Gera

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die  
Fraktionen und Beauftragten verant-  
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint  
monatlich.  
Der Bezug ist kostenfrei sowohl  
über den Postweg als auch per  
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006  
Fax: 0361 37 72004  
[pressestelle@landtag.thueringen.de](mailto:pressestelle@landtag.thueringen.de)  
[www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de)



## Der Bürgerbeauftragte

Am 18. März 2014 übergab der Bürgerbeauftragte, Dr. Kurt Herzberg, seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2013 an die Präsidentin des Thüringer Landtags, Birgit Diezel. Im Jahr 2013 wurden 641 Bürgeranliegen aufgenommen und 674 Vorgänge abgeschlossen. Rund zwei Drittel der Anliegen (448 Fälle) wurden mit – zum Teil sehr ausführlichen – Auskünften an die Bürger beendet. Dieser hohe Anteil spiegelt wider, dass es sich bei der Mehrzahl der Bürgeranliegen im Kern um Verstehensprobleme handelt. Diese Probleme reichen von der einfachen Frage nach der für das Anliegen zuständigen Stelle – hier wird der Bürgerbeauftragte gewissermaßen als Lotse tätig – über die Bitte nach einer ‚Übersetzung‘ von Schreiben oder Bescheiden, die vom Bürger nicht (ganz) verstanden werden, bis hin zur Erklä-



Landtagspräsidentin Birgit Diezel und Dr. Kurt Herzberg bei der Übergabe des Tätigkeitsberichtes des Bürgerbeauftragten.

rung von rechtlichen Sachverhalten und Zusammenhängen, mit deren Hilfe behördliches Handeln transparenter und verständlicher wird. In 102 Fällen (15 %) konnte der Bürgerbeauftragte das vorgelegte Problem beheben. Die konkreten Lösungen waren dabei sehr unterschiedlich: So wurde zum Beispiel das rechtlich

kritikwürdige Handeln eines Finanzamtes benannt und in der Folge im Sinne des Bürgers geändert oder eine Behörde wurde zum Handeln gedrängt. Nicht selten konnte der Bürgerbeauftragte helfen, indem er Bürger und Amt in einen konstruktiven Dialog miteinander brachte. Und schließlich konnten Lösungen im Sinne des Bürgers gefunden werden, indem der Bürgerbeauftragte zwischen den Beteiligten moderierte, sodass tragbare Kompromisse erreicht wurden. 80 Anliegen (12 %) wurden an andere zuständige Stellen, insbesondere an den Petitionsausschuss des Thüringer Landtags (63), weitergeleitet. Bei 44 Vorgängen (7 %) wurde aus gesetzlich vorgegebenen Gründen von einer Bearbeitung abgesehen.

## Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

### Wichtige Beschlüsse des „Düsseldorfer Kreises“

Der „Düsseldorfer Kreis“ ist ein Arbeitskreis der Datenschutzz-Konferenz, in dem sich die Datenschutzaufsichtsbehörden treffen, um ihre Aufsichtstätigkeit im nichtöffentlichen Bereich zu koordinieren. Jede Datenschutzaufsichtsbehörde kann Themen in den „Düsseldorfer Kreis“ einbringen, die nach ihrer Auffassung ein bundeseinheitliches Vorgehen erfordern. Sofern zwischen den Aufsichtsbehörden Einigkeit erzielt werden kann, fasst der „Düsseldorfer Kreis“ einstimmige Beschlüsse, die veröffentlicht werden. Auf der letzten Sitzung des „Düsseldorfer Kreises“ am 25./26.02.2014, an dem auch ein Vertreter des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfrei-

heit (TLFDI) teilnahm, wurde die Orientierungshilfe „Videoüberwachung durch nichtöffentliche Stellen“ verabschiedet. Sie ist auf der Homepage des TLFDI unter [http://www.tlfdi.de/imperia/md/content/datenschutz/themen/videoeueberwachung/oh-v\\_-durch-nicht-ffentliche-stellen.pdf](http://www.tlfdi.de/imperia/md/content/datenschutz/themen/videoeueberwachung/oh-v_-durch-nicht-ffentliche-stellen.pdf) veröffentlicht und informiert darüber, unter welchen Voraussetzungen eine Videoüberwachung zulässig ist. Privaten Betreibern von Videoüberwachungsanlagen wurde damit eine verständliche Handreichung zur Verfügung gestellt, der Sie entnehmen können, welche Vorgaben einzuhalten sind. Das Dokument enthält allgemeine Ausführungen sowie Beispiele und im Abschluss einen Fragenkatalog, der als Checklis-

te dienen soll. Der „Düsseldorfer Kreis“ stellte weiterhin fest, dass die Videoüberwachung mit sogenannten Dashcams aus Fahrzeugen heraus unzulässig ist (siehe dazu [http://www.tlfdi.de/imperia/md/content/datenschutz/entschlussungen/entschlussungendk/beschluss\\_dashcams.pdf](http://www.tlfdi.de/imperia/md/content/datenschutz/entschlussungen/entschlussungendk/beschluss_dashcams.pdf)). In einem weiteren Beschluss befasste sich der „Düsseldorfer Kreis“ mit Modellen zur Vergabe von Prüfzertifikaten, deren Entwicklung sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene begleitet werden soll und die einen wertvollen Beitrag für den Datenschutz leisten ([http://www.tlfdi.de/imperia/md/content/datenschutz/entschlussungen/entschlussungendk/beschluss\\_pr\\_fzertifikate.pdf](http://www.tlfdi.de/imperia/md/content/datenschutz/entschlussungen/entschlussungendk/beschluss_pr_fzertifikate.pdf)).

## Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

### 27. März 2014 - Neueröffnung der Dauerausstellung im Haus auf der Grenze/Gedenkstätte Point Alpha

Der Landesbeauftragte freut sich mitteilen zu können, dass die lange geplante neue Ausstellung des langjährigen Kooperationspartners des Landesbeauftragten, der Point Alpha Stiftung, nunmehr fertig gestellt ist und am 27.03.2014 der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

#### Konzept

„In der Gedenkstätte Point Alpha manifestieren sich unmittelbar die Konfrontation von Ost und West im Kalten Krieg und die leidvolle Zeit der deutschen Teilung. So, wie die vorhandene Ausstellung auf der westlichen

Seite der Gedenkstätte die Einrichtungen des amerikanischen Militärcamps im Kontext der NATO-Strategie erläutert und dabei die Geschichte der amerikanischen Präsenz in Deutschland insgesamt berücksichtigt, sollen mit der neuen Dauerausstellung auch die Grenzanlagen und authentischen Zeugnisse des Lebens im DDR-Sperrgebiet vor dem Hintergrund der Realität im Warschauer Pakt erschlossen werden. Ausgehend vom historischen Ort – dem Sperrgebiet um Geisa – wird die neue Ausstellung „Die ‚Staatsgrenze der DDR‘ im Kalten Krieg“ die historische

Entwicklung der innerdeutschen Grenze nunmehr auch im weltpolitischen Kontext darstellen. Die Fokussierung auf das „System Grenze“ und dessen Protagonisten – sowohl Grenzbevölkerung als auch Grenzsoldaten – ermöglicht einen tieferen Einblick in das Alltagsleben an der innerdeutschen Grenze. Gerade für die Zielgruppe jugendlicher Besucher sind Informationen über die Auswirkungen der Grenze auf den Alltag in der DDR wichtig, um der zunehmenden Verklärung und Verharmlosung des SED-Regimes entgegen zu wirken.“ (Auszug aus der Presseerklärung)